



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 243-2023
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2023.RRGR.333

Eingereicht am: 29.11.2023

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Reinhard (Thun, FDP) (Sprecher/in)
Josi (Wimmis, SVP)
Gerber (Schüpfen, Die Mitte)
Schwarz (Adelboden, EDU)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: vom
Direktion: Bildungs- und Kulturdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat: **Auswahl**

Befremdlichen Haltungen in Kultur- und Bildungseinrichtungen entgegenwirken

Der Regierungsrat wird beauftragt,

- über die ihm zur Verfügung stehenden Steuerungsinstrumente (wie Leistungsvereinbarungen, Eignerstrategien usw.) Einfluss zu nehmen, dass staatseigene Institutionen und bedeutende Staatsbeitragsempfängerinnen und -empfänger aus dem Bildungs- und Kulturbereich aktiv gegen Gewaltverherrlichung, Antisemitismus, Diskriminierungen und Extremismus jeder Art vorgehen- bzw. diese nicht direkt oder indirekt unterstützen;
- Gemeinden bzw. Regionalkonferenzen anzuhalten, in ihrem Einflussbereich Bildungs- und Kulturinstitutionen in vergleichbarer Art und Weise in die Pflicht zu nehmen.

Begründung:

Der brutale Terrorangriff der Hamas auf Israel forderte über 1200 Tote, darunter Frauen und Kinder. Etwa 250 Männer, Frauen und Kinder wurden entführt und befinden sich grösstenteils noch heute in den Fängen der Hamas. Die israelische Siedlungspolitik darf kritisch gesehen werden – das Ermorden, Vergewaltigen und Entführen unschuldiger Menschen rechtfertigt sie jedoch in keiner Art und Weise.

In der Öffentlichkeit wurden in den vergangenen Wochen wiederholt befremdliche Aussagen und Haltungen von Personen publik, die in Kultur- und Bildungseinrichtungen im Kanton Bern tätig sind. Teils handelt sich um Einrichtungen, die dem Kanton Bern gehören, teils um solche, die bedeutende Staatsbeiträge vom Kanton oder von den Gemeinden empfangen. So verherrlichte ein Dozent am Institut für Studien zum Nahen Osten der Universität Bern den Hamas-Terror als «Geschenk», und die designierte Direktorin der Kunsthalle Bern unterschrieb zusammen

mit anderen Personen der Kunstszene einen kontroversen Palästina-Brief, der die Verbrechen der Hamas verschwieg. Die marxistische Organisation «Der Funke» plante in Räumlichkeiten der Universität Bern wie auch in anderen Universitäten der Schweiz eine Pro-Palästina-Veranstaltung.

Solche Fälle sind äusserst stossend und sollen soweit immer möglich Konsequenzen haben. Das befremdliche Verhalten von Personen, die beim Kanton Bern und seinen Institutionen angestellt sind oder deren Institutionen vom Kanton Bern bedeutende Staatsbeiträge und damit Steuergelder erhalten, birgt ein erhebliches Reputationsrisiko für den Kanton. Auch in anderen Kantonen, namentlich Basel-Stadt und Zürich, sind ähnliche Fälle aus Kultur- und Bildungseinrichtungen bekannt. Es handelt sich demnach nicht um Einzelfälle, sondern es scheint ein strukturelles Problem in diesem Bereich zu bestehen. Folglich rechtfertigt sich eine Überprüfung und ein Aktivwerden des Regierungsrates. Zu prüfen ist insbesondere, ob Mitarbeitende in weiteren Einrichtungen im Kanton Bern solche radikalen Haltungen vertreten und ob generell ein Ideologisierungproblem im Bildungs- und Kulturbereich besteht.

Der Kanton hat ein bedeutendes Interesse daran, dass die staatseigenen und von der öffentlichen Hand namhaft geförderten Kultur- und Bildungseinrichtungen ihrem Auftrag frei von gewaltverherrlichender, antisemitischer und diskriminierender Gesinnung nachgehen können. In diesem Sinne soll der Regierungsrat beauftragt werden, über die ihm zur Verfügung stehenden Steuerungsinstrumente Einfluss zu nehmen. Beispielsweise sollte er bedeutende Staatsbeiträge an die Bedingung knüpfen, dass Kultureinrichtungen entsprechende Regelungen in ihre Statuten aufnehmen und bei Verstössen insbesondere personalrechtlich konsequent handeln. Der Regierungsrat sollte im Weiteren Gemeinden bzw. Regionalkonferenzen dazu anzuhalten, in ihrem Einflussbereich Bildungs- und Kulturinstitutionen in vergleichbarer Art und Weise in die Pflicht zu nehmen.

Verteiler

– Grosser Rat